

Mit »Wucht und Macht« gegen den Bahnlärm

03.04.2007 00:00 von Bi-Bahntrasse

Mit »Wucht und Macht« gegen den Bahnlärm

Bürgerinitiativen am Rhein schließen sich zusammen / Offenburg mit dabei

Die Bürgerinitiativen gegen den Bahnlärm an Ober- und Mittelrhein haben eine Kooperation vereinbart. Die 240.000 Mitglieder wollen so den Druck auf Politik und Bahn erhöhen.

VON ANDREAS RICHTER

Bingen. Die Kooperationsvereinbarung der Bürgerinitiativen (BI) fand gestern am Rand einer Fachtagung der Deutschen Bahn zum Schienenlärm in Bingen statt. Die neue Kooperative gegen Bahnlärm heißt »Die Wucht an Rhein und Main«. Mit von der Partie sind die Gruppen der »IG Bohr« vom Oberrhein, die »BI im Mittelrheintal« sowie die »BI 2 statt 4 aus Frankfurt. Willi Pusch von der Mittelrhein-BI sagte: »Wir haben überall das gleiche Problem.« Durch die Kooperation soll künftig verstärkter Druck ausgeübt werden. Herbert Maier von der Offenburger »BI Bahntrasse« sagte gestern in Bingen, dass der Bahnprotest so eine »stärkere Schlagkraft« erhalte. Die Bundestagsabgeordneten als Gesetzgeber müssten merken, »dass da Volkes Stimme spricht«. Der neue Zusammenschluss tritt unter anderem für die Abschaffung des sogenannten Schienenbonus ein (das bedeutet: Die Bahn darf mehr Lärm machen) und fordert, Gütertrassen aus Siedlungsgebieten heraus zu verlegen.

Bei der Fachtagung zum Schienenlärm machten sich Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee (SPD) und Bahnchef Hartmut Mehdorn für eine Nachrüstung der 135.000 deutschen Güterwagen mit leiseren Bremsen stark – ohne allerdings zu formulieren, wer das finanzieren soll. »Der Bund wird das unterstützen«, sagte Tiefensee. Der Minister verwies allerdings auch darauf, dass es EU-einheitliche Nachrüstprogramme geben müsse. Der Minister und Mehdorn formulierten unisono das Ziel, Lärmschutz durch verschiedene Vorkehrungen erreichen zu wollen, auch durch passiven Lärmschutz. Als einen weiteren Schritt zur Lärmreduzierung verwies der Verkehrsminister im Anschluss an die Tagung vor Journalisten darauf, dass bei Planfeststellungsverfahren künftig darauf geachtet werden solle, dass Gütertrassen nur durch wenig bewohnte Gebiete führen sollten. Ob diese Ankündigung auch die Güterumfahrung Offenburgs im Zuge des Ausbaus der Rheintalbahn bis Basel betreffen könnte, sagte Tiefensee nicht.